

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1927**

106 (24.6.1927)

**Ercheint täglich**  
mit Ausnahme der Feiertage.  
**Bezugs-Preis:**  
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aus-träger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 11  
Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6903

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung** Begr. 1839  
**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt  
Wöchentliche Beilagen: Mode und Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte • Landwirtschaftliche Beilage

**Anzeigen-Preise:**  
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift in Anzeigen- und Zeitteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tariffreter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Verfolgung erlischt.  
Anzeigen-Aannahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.  
Bank-Konto:  
Bereitsbank Sinsheim  
e. G. m. b. H.

Nr. 106.

Freitag, den 24. Juni 1927.

88. Jahrgang

## Droht ein vertragsloser Zustand? Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 23. Juni. Ministerialdirektor Dr. Poffe hatte gestern eine längere Unterredung mit Handelsminister Bokanowski, die sich einzig und allein auf die Frage bezog, ob es möglich ist, bis zum 30. Juni zum Abschluß eines neuen Handelsprovisoriums zu gelangen.  
Vorgestern waren die Aussichten sehr gering. Sie haben sich gestern etwas gebessert, da unter dem Druck der Verhältnisse Bokanowski sich nun endlich entschlossen hat, der deutschen Wirtschaftsordnung einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, der zur Prüfung nach Berlin übermittelt wird. Trotz dieser etwas verspäteten Einsicht, die sich französischerseits zeigt, muß erklärt werden, daß angesichts der Schwierigkeiten der Materie und der notwendigen Zeit, die für die Prüfung eines so wichtigen Abkommens, das unter den gegebenen Umständen für etwa einem Jahre abgeschlossen werden müßte, zur Verfügung steht, wenig Hoffnung vorhanden ist, bis zum 30. Juni Mitternacht, also bis zum Ablauf des jetzt in Kraft befindlichen Provisoriums, ein positives Ergebnis zu erzielen. Es muß also mit der Möglichkeit eines Vakuum gerechnet werden. Schuld daran trägt die Lakti-

der französischen Unterhändler, die nichts anderes wollten als eine glatte Verlängerung des alten Handelsprovisoriums, was um so ersäunlicher ist, wenn man bedenkt, daß der offiziöse „Egcessior“ selbst dieser Tage in einer vom Handelsministerium inspirierten Verlautbarung zugegeben hat, daß das Provisorium wenig Wert für die deutsche Industrie hatte.  
Paris, 24. Juni. Gegenüber den heute früh in der französischen Presse veröffentlichten offiziellen Kommunikationen über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wird von zuständiger deutscher Seite erklärt, daß die französische Delegation der deutschen einen Vorschlag überreicht hatte, der zur Prüfung nach Berlin übersandt wurde. Ob dieser Vorschlag zu einem Ergebnis führen wird, läßt sich zur Zeit nicht beurteilen. Bekanntlich läuft das provisorische Handelsabkommen am 30. Juni ab. In dieser kurzen Zeitspanne wird es kaum möglich sein, eine definitive Einigung zu erzielen, da die zu behandelnde Materie sehr schwierig ist. Es besteht daher die Gefahr, daß zwischen Deutschland und Frankreich am 1. Juli ein vertragsloser Zustand entsteht.

## Deutschlands Antwort an Poincare. Strefemann über die außenpolitische Lage. — Deutschlands Rußlandpolitik unverändert. — Poincares Ruhrpolitik oder Locarno?

Berlin, 24. Juni. In der gestrigen Reichstags-Sitzung erklärte Dr. Strefemann zur außenpolitischen Lage:  
Ich begrüße es, daß die vorliegenden Interpellationen Gelegenheit geben, zu einer Aussprache über die gegenwärtige außenpolitische Lage und über die Tagung von Genf. Die kommunistische Fraktion des Reichstags glaubt in ihrer Interpellation, daß die Erörterungen in Genf den Zweck und das Ziel gehabt hätten, Deutschland in die antilowjetrusische Front einzugliedern. Ich könnte mich in meiner Antwort auf das beziehen, was die russische Justiz zur Völkerbundstagung gesagt hat. Sie erklärt, daß die Zustimmung Deutschlands zu den antilowjetrusischen Plänen nicht erlangt werden konnte. Sie führt dazu aus: Sie glaube nicht, daß dieser Umstand eine Niederlage Deutschlands auf der Ratstagung bedeute habe. Im Gegenteil habe Deutschland durch seinen Widerstand zweifellos auch volles Verständnis für seine Politik bei den übrigen Mächten gefunden und damit das politische Prestige Deutschlands in der Weltpolitik gestärkt. Das ist die Auffassung eines der Sowjetregierung äußerst nahestehenden Organs.  
Aber ich möchte diese außerordentlich wichtige Frage nicht damit allein abtun. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland würde ein Vorgang sein, der für die gesamte internationale Lage von größter Bedeutung wäre. Deshalb ist auch in Genf über dieses Thema zwischen den Vertretern der beteiligten Regierungen und mir vertrauensvoll und offen gesprochen worden. Ich habe schon in der letzten Reichstagsdebatte gesagt, daß sich in unserer bisherigen Außenpolitik nichts ändern werde, die durch die abgeschlossenen Verträge, besonders die Verträge von Locarno und Berlin, und durch den Eintritt in den Völkerbund charakterisiert ist. Zweifel darüber, ob wir im Ausland Verständnis für den Sinn dieser unserer Politik gewinnen, sind trotzdem aufgetaucht. Ich kann Ihnen auf Grund der Genfer Besprechungen versichern, daß ich diesen Zweifeln mit aller Bestimmtheit entgegenzutreten kann. Von keiner Seite haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, uns von dieser Politik abzudrängen. Im Gegenteil haben die Genfer Verhandlungen dazu beigetragen, Zweck und Sinn unserer Politik den anderen Regierungen gegenüber weiter zu klären und dafür Verständnis und Anerkennung zu finden. Ich kann auf das Bestimmteste erklären, daß mir von einer Koalition gegen Sowjetrußland nichts bekannt geworden ist. Ich habe vielmehr die Überzeugung gewonnen, daß alle in Betracht kommenden Staaten volle Freiheit haben sollen, ihre Verhältnisse zu Rußland selbständig und nach Maßgabe ihrer individuellen Interessen zu bestimmen. (Lachen bei den Kommunisten.)  
Eine Intervention über die inneren Angelegenheiten des russischen Regimes kann für uns nicht in Betracht kommen. Ebenso werden wir auch in Zukunft allen Versuchen mit größter Schärfe entgegenzutreten müssen, die sich etwa von außen gegen unsere eigene Staatsform richten.  
Zwei Spannungsmomente hat die letzte Zeit gebracht. Den Mord des russischen Gesandten in Warschau und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien. Es war zu befürchten, daß der Gesandtenmord in Warschau zu einer außerordentlichen Spannung zwischen Rußland und Polen führen könnte. Auf Grund unserer fortgesetzten und guten Beziehungen zu Sowjetrußland waren wir berechtigt und verpflichtet, in freundschaftlicher Weise die Vertreter Sowjetrußlands darauf hinzuweisen, daß der bedauerliche Vorfall nicht zur Verschärfung der europäischen Lage führen dürfe.  
Wir wollen den Frieden und befinden uns damit in Übereinstimmung mit der Auffassung, die in den Genfer Besprechungen einmütig zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben inzwischen mit Befriedigung feststellen können, daß die Regierung von Sowjetrußland nicht die Absicht hat, diesen Zwischenfall irgendwie zu verschärfen, wenn die Haltung der polnischen Regierung dieselbe bleibt, wie sie bisher gewesen ist.  
Beim Abbruch der Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien hat die Reichsregierung auf Grund von Be-

sprechungen mit Frankreich und England sich entschlossen, jenem Komitee in Belgrad beizutreten, das im Fall von Grenzstreitigkeiten die Tatsachen feststellen und dadurch zur Entspannung beitragen soll. In den Besprechungen in Genf wurde eine Einigung darüber erzielt, Jugoslawien und Albanien Vorschläge zur Lösung der Fragen zu machen, die zum Abbruch der Beziehungen geführt haben, um die normalen Beziehungen beider Länder wiederherstellen zu können. Ich gebe der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß das Zusammenwirken von England, Frankreich und Italien und uns dieses Ziel erreichen wird. Ich glaube, daß wir unsere Kräfte zur Entspannung der Lage zwischen anderen Staaten einsetzen. Solange wir eine gleichberechtigte Macht in dem europäischen Konzern sein wollen, können wir uns einer solchen Aufgabe nicht entziehen.  
Der Völkerbundrat hat in diesem Sinne der von mir vorgeschlagenen Entschliebung der Reichsregierung zur Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz entschieden. Inzwischen ist auch das Komitee Economique bereits auf den 12. Juli einberufen, um die praktischen Maßnahmen der Völkerbundrat zur Lösung der Zolltariffrage vorzubereiten. Die überwiegende Mehrheit der in Genf vertretenen Regierungen hat ähnlich positive Erklärungen abgegeben wie wir. Der Vertreter Großbritanniens ersuchte um eine Abänderung der Entschliebung nur deshalb, weil er noch keine formelle Erklärung seines Kabinetts abgeben konnte. Skeptische Einstellung allein ist das schlechteste Mittel, solche Aufgaben durchzuführen. (Zustimmung.) Die Reichsregierung wird sich in den Dienst dieser Aufgabe stellen. (Rufe links: Auch Schiele!) Die Entschliebung ist vom Kabinett einstimmig gebilligt worden. (Lachen links.) Die zuständigen Körperschaften, der Reichswirtschaftsrat und der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages, werden sich schon in nächster Zeit mit einer Beratung unseres Zollniveaus zu beschäftigen haben. (Rufe links: Na, na!)  
Welcher von unseren Nachbarn könnte von uns noch weitere Sicherungen verlangen? Unsere Entwaffnung bis zur Notwendigkeit ist doch das Neueste, was man fordern kann. Wir gehen also zu den Abrüstungsverhandlungen nicht als Schuldner, sondern als Gläubiger. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)  
Ich habe in Genf ernste Zweifel geäußert, ob der gute Wille auch überall vorhanden ist, der Verpflichtung zur Abrüstung nachzukommen. Für den Völkerbund selbst ist die Lösung dieser Fragen einfach eine Frage seiner Eigenhaltung, ja, eine Frage seiner Existenz. (Erneute Zustimmung.) Die Erklärung der litauischen Regierung zu den Beschlüssen der Memelländer gab dem Präsidenten des Völkerbundrates in seinem Schlusswort Veranlassung zu der Erklärung, daß der Völkerbundrat nun hoffentlich sich nicht noch einmal mit der Regelung dieser Frage beschäftigen müßte. Die Erklärung Litauens erhielt die Zusage, daß der memelländische Landtag spätestens am 1. September gebildet sein würde, daß das Wahlrecht nur solche litauische Staatsbürger haben sollten, die ihren dauernden Wohnsitz in Memelland haben, und daß die Regierung dem Landtag verantwortliche sein soll.  
Das Hauptorgan der Deutschen, das „Memeler Dampfboot“ erkennt an, daß dies Durchsetzung der deutschen Forderungen bedeutet. Meine letzten Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten vor zwei Tagen hier in Berlin bekräftigt mich der Auffassung, daß Litauen gewillt ist, gute Beziehungen zu seinen Nachbarn zu unterhalten. Der Redner bespricht dann das Verhältnis Deutschlands zu den in der Völkerbundkonferenz vertretenen Mächten und die Zuziehung eines Deutschen in der kolonialen Mandatskommission; die Mandatskommission besteht aus Mitgliefern verschiedener Nationalitäten, die besondere konfessionelle Erfahrung besitzen, die aber nicht von ihren Regierungen abhängig sind. Der kommunistische Antrag, den Eintritt in die Mandatskommission abzulehnen, geht aus von der falschen Auffassung aus, daß die Tätigkeit der Kommission gegen die Interessen der Eingeborenen gerichtet sei. Wenn wir auch keine Kolonien besitzen, so sind wir doch in hohem Maße an dieser Kommission interessiert. Auch der Völkerbund glaubt,

uns nicht entbehren zu können. Er hat uns schon bei verschiedenen Fragen bisher zur Mitarbeit aufgefordert. In der Seuchenbekämpfung unter den Eingeborenen hat Deutschland das Hauptverdienst. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich verstehe Ihr Lachen nicht (mit erhobener Stimme): Was hier die deutsche Wirtschaft getan hat, ist hundertmal mehr, als was Rußland je tun kann. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Für unsere Wirtschaft ist es ferner von außerordentlicher Bedeutung, daß uns die koloniale Erfahrung nicht verloren geht. Wir brauchen sie für unsere Betätigung in den Rohstoffgebieten. Wenn die frühere Kolonialgeneration ausgestorben ist, brauchen wir junge Kräfte, die diese Erfahrung nur bekommen können, wenn wir in der Mandatskommission mitarbeiten. Chamberlain führte zu dieser Frage im Rate aus: Die Völkerbundversammlung erwartet die Ernennung eines deutschen Mitgliedes der Kommission. Er schlug vor, diese Frage an die Mandatskommission zu verweisen, in der Erwartung, daß die Kommission sie kläre, so daß der Rat im September die Ernennung eines deutschen Mitgliedes vollziehen könne. Da diesen Beschlüssen des Völkerbundrates auch eine Vorbesprechung vorangegangen ist, kann ich annehmen, daß im September die Zuziehung eines deutschen Mitgliedes in die Mandatskommission erfolgt. Ich glaube, daß unser Eintritt wünschenswert ist, zumal wir damit auch auf die kolonialen Dinge in unseren früheren deutschen Kolonien und die Mitwirkung sichern.  
Mit Enttäuschung ist es aufgenommen worden, daß der Wunsch der freien Stadt Danzig in Bezug auf die Feststellung des Rechtszustandes auf der Wekerplatte noch nicht erledigt worden ist. Die Stadt Danzig will dem Völkerbundrat neue Vorschläge unterbreiten für eine andere Lösung der Differenzpunkte mit Polen. Das war auch der Grund, der Danzig und uns veranlaßt hat, auf eine sofortige Entscheidung des Völkerbundrates zu dringen.  
Die stärkste Enttäuschung hat in Deutschland die Tatsache hervorgerufen, daß die Frage der Truppenreduktion im Rheinland bei den diesmaligen Besprechungen in Genf nicht gelöst worden ist. Es ist eine völlig falsche Auffassung, wenn die französische Presse meint, daß die Erfüllung dieser deutschen Forderung ein Beweis des guten Willens gegenüber Deutschland sei, dem ein anderer guter Wille Deutschlands gewissermaßen als Kompensation gegenüberstehen müßte. Es handelt sich hier nie um irgend eine Konzession, die von unserem Wohlverhalten abhängig wäre, sondern die Reduktion der Rheinlandtruppen bildet einen Teil derjenigen Zusicherungen, von denen die Unterzeichnung des Locarnovertrages abhängig war. (Lebhafte Zustimmung.) Unter diesen Zusicherungen, die am 14. November 1925 erfolgten, stand die Frage der Truppenreduktion naturgemäß an erster Stelle. Wir wollen objektiv anerkennen, daß Zusicherungen anderer Art lokal erfüllt worden sind, aber wir haben auf die Erfüllung der Zusage der Truppenreduktion einmal einen formellen und zweitens einen darüber weit hinausgehenden politischen Anspruch. Der formelle Grund besteht in der unbedingten Klarheit der gegebenen Zusage. Es gibt keine Zweifel, es gibt keine Anknüpfung darüber, wer hier im Recht sei. Es hat auch die Gegenseite niemals versucht, unser Recht jemals in Frage zu stellen. Die fühlbare Verminderung der Truppen, die in nächster Zeit eintreten soll, kann natürlich nicht mit der Verminderung um 4-5000 Mann gegeben sein. In der Zusage heißt es auch, daß der Truppenbestand sich dem normalen Stand annähern soll. Es kann natürlich nur heißen, daß die Truppen auf die Zahl vermindert werden sollen, die in der Vorkriegszeit von Deutschland im Rheinland unterhalten wurden. Die Erledigung dieser Frage ist einmal eine Frage des Rheinlandes, das ein Recht auf die Verminderung der Besatzung hat, aber es ist noch mehr, nämlich der Kampf um die Methode der Locarnopolitik überhaupt. Wenn das Mißtrauen in dem Wert feierlich gegebener Zusagen sich ausbreitet und erhöht wird durch die Nichterfüllung auf einem Gebiet, so ist die Gefahr vorhanden, daß die Zuversicht auf anderen Gebieten nicht erschüttert wird. (Lebhafte Beifall.) Ich begrüße es deshalb, daß der englische Unterstaatssekretär ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der englische Außenminister Chamberlain die Zusage in derselben Weise ausgelegt hat, wie wir. Der deutsche Vorkämpfer in London hat über diese Erklärung eine Aussprache gehabt und ihm ist versichert worden, daß nach englischer Auffassung die Erledigung der Frage der Disfestungen nicht etwa als eine Voraussetzung für die Erfüllung der Zusage der Truppenreduktion im Rheinland anzusehen ist. Die früheren alliierten Staaten stehen uns in dieser Frage als Einheit gegenüber. Die Verteilung der Verantwortung der Besatzungstruppen ist also eine interne Frage der Besatzungsmächte, wir haben zu fordern, daß diese Mächte durch ihr Zusammenwirken halbwegs die Erfüllung des feierlichen Versprechens wahr machen, was durch die englische Erklärung noch einmal wiederholt worden ist. (Beifall.) Die Frage ist eine Frage des Vertrauens geworden, der Ehrlichkeit der Absichten unserer Vertragsgegner und es liegt nicht an uns, sondern an der unglücklichen Hinauszögerung der Entscheidung, so daß die deutsche Öffentlichkeit die Schuld darüber verloren hat. (Lebhafte Beifall.)  
Die Zerstörung der deutschen Disfestungen kann in keiner Weise mit dieser Frage verknüpft werden. Wenn das deutsche Kabinett sich entschlossen hat, ein oder zwei Experten zur Besichtigung der Disfestungen einzuladen, so war das lediglich ein Akt des Entgegenkommens, weil die deutsche Regierung nichts zu verbergen hat und weil die Disfestungsfrage uns zu gering erscheint, um ein Streitobjekt zwischen den Mächten zu bilden. Angesichts dieser entgegenkommenden Haltung Deutschlands in einer Frage, in der es rechtlich nicht gebunden war, ist die deutsche Öffentlichkeit durch die Art und Weise, in der der französische Ministerpräsident Poincare in seiner kürzlich in Lunenburg gehaltenen Rede geglaubt hat, das deutsch-französische Verhältnis kennzeichnen zu sollen. Ich will auf die Betrachtungen in dieser Rede über Einzelheiten der deutschen Kriegs-

führung nicht eingehen. Ich bin der Ansicht, daß wir den großen Problemen der Gegenwart nicht näherkommen und würden namentlich die deutsch-französischen Beziehungen wenig fördern, wenn wir in den Akten zurückblättern und Vorgänge aus vergangenen Tagen zum Gegenstand der Diskussion machen.

Ich kann mir die Widerlegung der gegen die deutsche Kriegsführung gerichteten Vorwürfe ersparen; denn die Aufklärung der weiten Öffentlichkeit ist zu weit vorgeschritten, als daß zu befürchten wäre, daß derartige Behauptungen noch Glauben finden. (Lebhafte Zustimmung.) Erheblicher ist dagegen, was Herr Poincaré über die Frage der Gegenwart gesagt hat. Er will Schlussfolgerungen auf die deutsche Geistesverfassung aus der Tatsache ziehen, daß ein deutsches Kriegsschiff, das den Namen „Elsas“ trägt, eine Reise angetreten hat. Das Dampfschiff „Elsas“ ist aber schon im Jahre 1903 erbaut worden und hat also vor 23 Jahren seinen Namen erhalten. (Weiterkeit.) Im Artikel 181 des Versailler Vertrages ist uns dieses Schiff ausdrücklich belassen worden. Dann will Herr Poincaré allen Ernstes die Behauptung vertreten, ich sei kein aufrechter Anhänger der Locarno-Politik. Warum bezieht sich Herr Poincaré nicht auf die feierliche proklamatorische Erklärung, die Reichskanzler Dr. Marx nach der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts an Stelle gegeben hat? Herr Poincaré würde der Aufklärung mehr dienen, wenn er diese Erklärung der Gegenwart zitierte, als wenn er von irgend welchen Vorgängen der Vergangenheit irgend einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz vorbringt. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn er weiter sagt, Deutschland müsse erst einmal die Forderung der Völkervereinigung in den einzelnen Punkten erfüllen, und damit einen Beweis für seinen guten Willen liefern, so läßt sich eine solche Meinerung nur so erklären, daß Herr Poincaré infolge seines Amtswesens der tatsächlichen Behandlung der Einzelfragen nicht mehr nahe genug steht und über die Dinge nicht mehr genügend informiert ist.

Was die sogenannten vaterländischen Verbände anlangt, so sind diejenigen, die sich den gesetzlichen Bestimmungen zuwider mit militärischen Dingen befaßt haben, aufgelöst worden. Die Völkervereinigung selbst hat Ende Januar schriftlich anerkannt, daß ein Bedürfnis zu weiteren Aufhebungen nicht mehr vorliegt. (Hört, hört!) Von den früheren alten Kasernen ist bereits ein großer Teil dem privaten Gewerbeleben zugeführt und für die Verwertung der übrigen ist mit den Mächten eine ab 1. Januar beginnende Frist von fünf Jahren vereinbart worden. Endlich ist auch die Verpflegung der Unterstände an der Dünaburg vereinbarungsgemäß erfolgt. Wenn demnach nichts anderes übrig bleibt, um die auch von ihm als erwünscht bezeichnete Annäherung zwischen unseren Ländern zu erleichtern, so steht diesem großen Ziel von deutscher Seite nicht das geringste mehr entgegen. Er kann seine politischen Absichten sofort verwirklichen und der deutschen Öffentlichkeit den Beweis seiner guten Absicht erbringen, wenn er seinen großen persönlichen Einfluß dafür einsetzt und beispielsweise zunächst in der Frage der Truppenreduktion Genugtuung verschafft. (Lebhafte Zustimmung.)

Das deutsche Volk ist bereit, die Hand zu ergreifen. Aber nicht die Hand des Siegers. Immer spricht man uns von der französischen Sicherheit. Es gibt aber keinen verantwortungsvollen Menschen in Deutschland, der so verbrecherisch wäre, Deutschland in einen Krieg gegen irgend eine Macht im Westen oder im Osten zu hegen. Wir wollen endlich acht Jahre nach dem Kriege die Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Wir wollen ein friedliches, aber freies Volk sein und bleiben. (Beifall.) Unser Volk ist schwer enttäuscht. An Frankreich haben wir die Frage zu richten: Wohin geht dein Weg? Soll der Geist der Kriegspolizei weiterherrschen oder möchtest du die Devise: Für Frieden und Freiheit? Nicht nur wir, sondern alle Völker, die den Frieden wollen, warten auf Antwort! (Stürmischer Beifall.)

Politik am Wendepunkt

Die Erklärung der Regierungsparteien im Reichstage. Berlin, 23. Juni. Nach der Rede des Reichsaussenministers gab der Abgeordnete Dr. Kaas (Str.) namens der Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der es heißt: „Das Deutsche Reich hat durch Taten bewiesen, daß es ihm mit einer ausgehenden Zusammenarbeit der Nationen ernst ist. Die Haltung der deutschen Delegation bei der Beratung der Erhaltung des europäischen Friedens findet unsere Billigung. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß von keiner Seite der Versuch gemacht worden ist, Deutschland aus der durch die Verträge und durch sein eigenes Interesse ihm vorgezeichneten Linie in den

Konflikt zwischen England und Rußland zu bringen. Wir begrüßen das Bestreben der Reichsregierung, unser Verhältnis zu Rußland frei und unabhängig zu gestalten und die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu pflegen, die für die geographische Lage Deutschlands und seine guten Beziehungen zu dem russischen Volke naheliegen.

Mit Nachdruck weisen wir den Gedanken einer Einordnung Deutschlands in eine Angriffsfront gegen Rußland zurück.

(Lebhafte Zustimmung.) Das Ergebnis einer Interventionspolitik würde ein politisches und wirtschaftliches Chaos sein. Das schließt selbstverständlich das Recht Deutschlands nicht aus, gegebenenfalls gewisse Verteidigungsformen der sowjetrussischen Politik innerhalb seiner Landesgrenzen mit Nachdruck entgegenzutreten, und sich der berechtigten Entrüstung anzuschließen, welche die Massenverurteilungen innerhalb der letzten Wochen in der gesamten Kulturwelt ausgelöst haben. Die Regierungsparteien sehen in der Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Staaten im albanisch-jugoslawischen Konflikt einen Beweis für die gleichberechtigte Großmachtsstellung Deutschlands. Um so unverständlicher ist es, daß man uns immer noch die für jeden Staat selbstverständliche Souveränität vorenthält. Kein Volk kann es ertragen, daß sein Gebiet von einer fremden Macht besetzt bleibt, nachdem die Voraussetzungen hierfür längst anderen Verhältnissen Platz gemacht haben. (Sehr richtig.)

Nach der Annahme des Dawesgutachtens und angesichts seiner reibungslosen Durchführung, nach dem Abschluß der Locarnoverträge und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hätte die letzte Stunde fremder Besatzung auf deutschem Boden sofort schlagen müssen. (Erneute Zustimmung.) Nicht einmal die Verminderung der Besatzungstruppen ist durchgeführt worden, auf die Deutschland einen unbestreitbaren Anspruch hat. Und wie ist es seitens der drei Okkupationsmächte mit der These des gegebenen Wortes zu vereinbaren, daß die Zusage vom November 1925 bis heute noch nicht erfüllt ist? Mit stärkster Enttäuschung entnehmen wir aus der Rede des Reichsaussenministers, daß es nicht gelungen ist, die diesem Ziel dienenden Genfer Besprechungen zum Abschluß zu bringen. Wir erwarten bestimmt, daß es der deutschen Außenpolitik gelingen wird, die Einlösung dieses längst fälligen Versprechens endlich zu erreichen, und zwar ohne neue deutsche Konzessionen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Erklärung der Regierungsparteien spricht ferner die Erwartung aus, daß die in Aussicht genommene Lösung der Frage der Disfession eine endgültige Vereinigung dieses Streifenlandes bringen wird, und daß die Völkervereinigung, die ihre Funktionen reichlich erfüllt habe, aufgehoben wird.

Mit Befriedigung nimmt die Erklärung das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation für die Memellanddeutschen zur Kenntnis, ebenso die Schritte, um den Eintritt Deutschlands in die Mandatskommission zu sichern. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auf der Septembertagung die Danziger Forderungen erfüllt werden. Der Redner gibt weiter der Enttäuschung über den Stillstand des Werkes von Locarno Ausdruck, der durch die Ausführungen Poincarés bestätigt worden sei. Er führt aus: „Wenn der Geist dieser Rede zum beherrschenden Agens der französischen Politik werden sollte, dann würde allerdings die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Nachbarmächte und auf eine dauernde Politik der Befriedigung Europas aufgegeben werden müssen. Dann würde das Werk von Locarno zusammenbrechen, aber nicht durch unsere Schuld! (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die bedeutungslosen Reibereien der Abrüstung können keinen Grund dafür abgeben, Deutschland in Verzug zu erklären. — Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung sich auch weiter von der kraftvollen Geltendmachung der deutschen Rechte, von dem Grundgedanken der Vertragstreue, ehrlichen Verständigungswillens und loyaler Mitarbeit an den Einrichtungen der Völkervereinigung leiten läßt. Diese Politik, die ohne Verletzung nationaler Lebensinteressen mit Kraft und innerer Ueberzeugung dem Aufbau europäischer Solidarität und der Friedenssicherung dienen will, findet in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes Zustimmung und Unterstützung.

Trotz herber Enttäuschungen ist Deutschland bereit, diese Politik tatkräftig fortzusetzen. Nur wenn dem guten Willen Deutschlands auf Seiten der übrigen Mächte des Locarno-Vertrages die gleiche Gesinnung entspricht, nur wenn aus

dem innerlichen Festhalten an dem Locarno-Gedanken ohne längeren Verzug die Taten erwachsen, die die übrigen Vertragspartner uns schulden, nur dann wird die zur Zeit bestehende Spannung — die Krise des Locarno-Gedankens bald überwunden und der Weg für die europäischen Völker frei sein zu gemeinsamer und aufrichtiger Aufbauarbeit! (Lebhafte Zustimmung.)

Deutscher Reichstag

(226. Sitzung.)

Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge wohnen die Vertreter der fremden Mächte den Verhandlungen bei. Am Regierungskassier Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung über

die auswärtige Politik

in Verbindung mit den Interpellationen der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und der Kommunisten über die außenpolitische Lage.

Die Rede des Reichsaussenministers und die darauf folgende Erklärung der Regierungsparteien bringen wir an anderer Stelle.

Nach der Regierungserklärung, die der Abg. Dr. Kaas (Zentrum) abgab, spricht Abg. Dr. Breitscheid (Sozialdem.) seine Verwunderung über die Zustimmung der Deutschnationalen zur Erklärung der Regierungsparteien aus. Die magische Gewalt des Zentrums scheint ja Wunderkraft zu besitzen. (Weiterkeit.) Der Redner fährt fort: Die Sensationen lägen auch in Genf nicht immer auf der Straße. Aus dem heiteren Gesicht Stresemanns, aus dem lauernden Gesicht Brändls den Zufriedenheit und Unzufriedenheit geschloffen und Hoffnungen daran geknüpft, die einer sachlichen Behandlung der Dinge erschweren. Dr. Stresemann ist kein Vorwurf zu machen, daß er die memelländische Frage zur Sprache gebracht hat. Hoffen wir, daß Litauen seine Pflicht erfüllt. Hier haben wir einen Beweis für den Wert der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund. Ähnlich ist es in der Danziger Frage. Der Redner stimmt der Feststellung des Ministers zu, daß Deutschland das moralische Recht auf die Abrüstung der großen Staaten habe. Jetzt sollten die Völker dafür sorgen, daß ihre jaumeligen Regierungen energischer vorgehen. Herr Stresemann hält immer schöne Reden, wenn er der Aufsicht seiner strengen deutschnationalen Schulmeister entrückt ist. (Weiterkeit.) So sprach er sich in Genf für freie Selbstwirtschaft aus, während in Berlin kurz darauf Herr Schiele neue Zollerhöhungen verlangte. Da scheinen doch Unstimmigkeiten in der Regierung zu sein. Der Völkerbund sollte endlich einmal mit der Geheimdiplomatie aufräumen, wie sie in Genf noch geführt wird.

Wir wollen mit Rußland gute Beziehungen, und wehren uns gegen eine Front gegen Rußland. Leider scheinen die Deutschnationalen nicht derselben Ansicht zu sein. Der Ueberfall auf die Arcos in London war höchst bedauerlich. Aber auch die Erschießungen und die Gekelmorde als Antwort auf den Gesandtenmord in Warschau können keine Sympathie für Rußland erwecken. Wir wehren uns gegen eine aktive Kolonialpolitik Deutschlands, weil wir dadurch in imperialistische Konflikte hineingezogen werden können. Der Anspruch Deutschlands auf Räumung des Rheinlandes ist durchaus berechtigt. Die Rede Poincarés hat die Lage gewiß nicht gebessert. Wenn die Deutschnationalen den Mißerfolg von Genf scharf kritisieren, so treffen sie damit sich selbst, da sie in maßgebender Stärke in der Regierung sitzen. Seit die Deutschnationalen in der Regierung sind, häufen sich die Schwierigkeiten. Sie tragen die Verantwortung für alle Mißerfolge. Die Sozialdemokratie wird den Weg der Verständigung weiter gehen, auch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stäcker (Komm.) hält den Deutschnationalen vor, sie hätten sich durch ihre Beteiligung an der gemeinsamen Erklärung der Regierungsparteien wieder um eine klare Stellungnahme herumgedrückt. Von dem Völkerbund könne man keine Sicherung des Friedens erwarten. Trotz des Völkerbundes werden die kapitalistischen Unterdrückungsmethoden fortgesetzt. Ein Musterbeispiel dafür sei das Vorgehen Englands gegen Sowjetrußland. Jede andere Nation würde eine solche Kette von Provokationen mit einer Kriegserklärung beantwortet haben, aber Rußland lege seine Friedenspolitik fort. In Polen und Rumänien werde mit englischen Geldern fieberhaft gegen Rußland gearbeitet. Stresemann könne man völlig im Schlepptau Englands sehen. Er habe wohl in Moskau gewartet, aber nicht in London. Deutschland dürfe nicht in die Kolonialmandatskom-

Anatol Wangerin

Ein Roman für jung und alt von Amanda Rock.

27) (Nachdruck verboten.)

„Morgen früh?“ rief Ede, „des trifft sich jut, id hab 'ne bestellte Verjüngungsfuhre nach Potsdam, bis dahin kann id dir mitnehmen. Ad komme aber schon ganz früh um viere bei deinem Kasthof vorbei, mach dir bis dahin fertig, denn kannst du jeldi uffsteigen.“

Auf das wohlgemeinte Angebot ging Anatol gern ein, und als er am anderen Vormittag von Ede Abschied nahm, tat es ihm aufrichtig weh.

„Was beginne ich nun,“ dachte der Flüchtling trostlos, als er am Nachmittag desselben Tages etwa zwei Meilen hinter Potsdam an der Havel entlang ging und trübe in das ruhig dahinfließende Wasser des breiten Stromes blickte.

„Ich besitze noch fünfzehn Silbergroschen von dem Gelde der guten Mutter Schwarz, damit kann ich mein Leben nur noch wenige Tage fristen. Ueberwinde ich auch wirklich meinen Abscheu vor dem Ansprechen um Almosen und bettle mich von Ort zu Ort weiter — was nützt es mir, wenn ich nirgends Boden fassen kann, ein bestimmtes Fach zu erlernen, ich kann doch nicht zeitlebens Straßenbettel bleiben! Und wie leicht könnte mich die Polizei einmal festhalten und mich fragen, wer ich bin.“

Anatol Wangerin wird so leicht keiner mehr in mir vermuten, aber wer bin ich dann? Heimatlos und namenlos ist kein Mensch, sie würden mich in Gewahrnam behalten, und wenn ich absolut nichts sagte, mich in eine Zwangsanstalt bringen.

Zu Mutter Schwarz kann ich auch nicht zurückkehren, sie würde ja gar nicht wissen, was sie davon denken sollte, würde ebenfalls wollen, daß ich etwas lernen sollte, und dazu brauche ich ja auch Ausweise. Es dreht sich wie ein Rad rundherum, das immer wieder auf demselben Fleck ankommt. O, ich Unglücklicher, was soll aus mir werden, mir bleibt keine Rettung als der Tod!“

Eine unbeschreibliche Erschlaffung kam über den Verlassenen, und traktlos schleppte er sich an dem grünen Gestade hin,

nes in das einsame Gehölz hinein, um ungestört seine Klagekammer ausstoßen zu können.

Etwas Dunkles, seitwärts von ihm, in einem Gebüsch, dicht am Strande der Havel, zog flüchtig seine lebensmüden Blicke an.

Lag da vielleicht jemand?

Ein Hilfsbedürftiger, ein Verunglückter — oder war's ein Wegelagerer, der sich dort versteckte, auf einsame Touristen lauend? Möchte er herauspringen und ihn töten, dann starb er wenigstens nicht als Selbstmörder.

Mit der Gleichgültigkeit und Furchtlosigkeit jener Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben, da ihr Leben ihnen nichts mehr gilt, trat Anatol auf das Gebüsch zu.

Nein, die dunklen Umrisse gehörten keinem Menschen an; was da lag, waren Frauenkleider, ein ganzer Anzug, wie es schien, ein Hut, ein Sonnenschirm und eine bunte Plüschhandtasche.

Dieser seltsame Fund hier, in der tiefen Einsamkeit, erregte Anatols Erstaunen und lenkte seine Gedanken von dem eigenen unerträglichen Schicksal ab. Badete vielleicht jemand in der Nähe? Jedenfalls — was sollten denn hier sonst die Kleidungsstücke bedeuten?

Der Einsame spähte die Wasserläufe nach allen Richtungen ab, doch nirgends zeigte sich ein Kopf, der aus dem Flußbett hervorrage, nirgend erklang auch nur das leiseste Plätschern.

Er setzte sich auf den waldigen Boden, um die Gegenstände zu bewachen.

Eine Stunde und länger verging — niemand kam. Hatte sich die Person, deren Kleider hier lagen, am Ende gar das Leben genommen?

Da weit und breit auch jetzt noch nicht das geringste Geräusch auf das Dasein eines Menschen schiefen ließ, hob Anatol die Handtasche in die Höhe und schob den Messinggehieber oben am Bügel zurück.

Ein braunes Beutelportemonnaie mit zwei Abteilungen und ein Heimaltschein war das erste, was ihm in die Hand fiel, er öffnete das Portemonnaie, es enthielt in der ersten Abteilung zehn harte Taler, und einige Silbergroschen in der zweiten. Außerdem ein abgerissenes Stück Papier, worauf mit Bleistift entsehrlich unorthographisch und tief und trumm das folgende oetriselt stand.

„An den Heizer Richard Selinke in Nowames bei Potsdam.“

Du weißt schon, Baier, warum ich ins Wasser gegangen bin. So weit von Karl'n weg nach Baierm jeh ich nich. Ich will auch nich in'n Dienst jehen bei fremde Leute, den Jeshalen tu ich Dir nich, ich brauch überhaupt nich zu arbeiten, was mir so sehr efelt. Wenn ich Karl'n seine Frau jeworden wär' brauch ich jarnichts mehr zu machen. Deinen scheenen Brief, den ich dem Bauern uneröffnet abgeben soll, hab ich uffjemacht und jesehen, ich bedanke mich auch für alles, was Du da drin von mir schreibst, für solchen Vater lieber keinen. Du hast mein Leben auf dem Jewissen, Du sollst nie mehr so ruhige Stunde haben. Trißte Karl'n von mir, wenn er wieder raus is.

Ratharina.“

Anatols Hände waren beim Lesen dieser Zeilen ganz kalt geworden. Hier war wirklich jemand in den Tod gegangen, wahrscheinlich ein junges Mädchen. O, die Aermste, wie leid tat sie ihm!

Noch einmal schweiften seine Blicke die Wasserfläche auf und ab, als sollte und müßte der trübe Spiegel Aufschluß geben, an welcher Stelle die Ertrunkene weile.

Doch alles blieb nach wie vor totentstül. Den geöffneten Brief des Vaters, der neben dem großen Siegel mit den Anfangsbuchstaben robust auseinandergerissen war, in die Hand nehmend, las er:

„An Herrn Tobias Schäflein, Weingutsbesitzer in Rutenstein in Bayern.“

Ich schicke Ihnen hiermit meine Tochter zu, welche ich Ihnen am 18. dieses Monats vorläufig auf drei Jahre für jährlich vierzig Gulden vermietete. Halten Sie das Mädchel recht streng, ich bitte Sie darum, lassen Sie sie tüchtig arbeiten, damit sie was lernt, sie ist gesund und stark. Einbildungen, was besseres zu sein, um zu faulenzeln, paßt nicht für unseren Stand. Dukden Sie unter keinen Umständen, daß sie auf den Tanzboden geht, sie hat hier schon genug dummes Zeug

mission eintreten. England suche Deutschland in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. Dagegen müsse die Arbeiterschaft der ganzen Welt protestieren.

Darauf wurden die Beratungen abgebrochen. Das internationale Abkommen über einheitliche Festsetzungen von Regeln über die Immunität der Staatschiffe wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

**Vertreter der Auslandshandelskammern beim Reichspräsidenten**

Berlin, 24. Juni. Der Reichspräsident empfing gestern im Anschluß an die Hamburger Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages die Vertreter der deutschen Auslandshandelskammern. Der Delegierte der Deutschen Handelskammer in Buenos Aires, Schlemo, gab in einer Ansprache der Verehrung Ausdruck, die das Auslandsdeutschtum dem Reichspräsidenten entgegen bringt. Der Redner wies darauf hin, daß das Beispiel des Reichspräsidenten dafür zeuge, wie man die Vergangenheit und Gegenwart des Vaterlandes in der Arbeit um den Staat ohne Rücksicht auf die politische Einstellung vereinigen kann, was den Auslandsdeutschen neue Kraft gegeben hätte. In unverbrüchlicher Treue würden die Auslandsdeutschen an der alten Heimat hängen und für den deutschen Wiederaufbau arbeiten. Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die Aufbauarbeit des Deutschtums im Ausland und bat die Delegierten, den Deutschen draußen seine herzlichsten Grüße zu übermitteln.

**Japanisch-amerikanische Allianz gegen England?**

Genf, 24. Juni. In einem Genfer Morgenblatt wird heute scheinbar von französischer Seite auf die Möglichkeit einer japanisch-amerikanischen Allianz auf der Seeabriegelungskonferenz mit der Front gegen England hingewiesen. Das Blatt macht sodann nähere Mitteilungen über die gestrigen Unterredungen zwischen dem japanischen Admiral Saito und dem Amerikaner Gahson. Danach habe Saito zu verstehen gegeben, daß Japan der Ausdehnung des in Washington aufgestellten Stärkeverhältnisses von 5:5:3 auf die leichten Seestreitkräfte nicht zustimmen könne. Japan sei bereit, Amerika in allen anderen Streitfragen zu unterstützen und insbesondere keine Diskussion über die in Washington festgelegten Grundzüge für die Beschränkung der Großkampfschiffe zuzulassen. Japan stelle jedoch hierbei zur Bedingung, daß für alle Kategorien der leichten Seestreitkräfte in Genf ein Stärkeverhältnis von 5:5:4 festgelegt werde.

**Painleve über die Reservistenausreitungen**

Paris, 24. Juni. Kriegsminister Painleve erklärte gestern im „Matin“, die Reservistenausreitungen seien auf kommunalistische Propaganda zurückzuführen. Die Ereignisse seien übertrieben worden. Von 20 000 Mann hätten „nur“ 250 sich kommunistischen Argumenten zugänglich gezeigt. Die Regierung werde energisch gegen jede Disziplinlosigkeit vorgehen.

**Baden.**

**59. Verbandstag der unterbadischen Kreditgenossenschaften.**

Der Verband der unterb. Kreditgenossenschaften hielt am 9. und 10. Juni seine diesjährigen Verbandstag in Kehl a. Rh. ab, der von etwa 190 Teilnehmern besucht war. Herr Direktor Günther-Kastatt, eröffnete die Tagung. Er wurde zum Verbandsdirektor und Herr Direktor Wihl. Ritt von der Vereinsbank Karlsruhe zu dessen Stellvertreter gewählt. Nach Erstattung des Revisionsberichts durch Herrn Direktor Kinkel gab Herr Direktor Korthaus von der Amalialidenschaft des Deutschen Genossenschaftsverbandes in Berlin seiner Freude über den günstigen Stand des Verbandes Ausdruck, und nach der Besprechung der internen Angelegenheiten fand die erste Tagung ihr Ende. Der 2. Verhandlungstag wurde durch Herrn Verbandsdirektor Günther eröffnet, der einen Tätigkeitsbericht des Verbandes erstattete. Aus demselben war eine erfreuliche Weiterentwicklung der Verbandsgenossenschaften zu konstatieren, deren Bilanzsumme im letzten Jahre auf 56 Millionen und deren Umlauf auf über 2 1/2 Milliarden gestiegen sind. Die Ausleihungen betragen 45 Millionen und die den Verbandsgenossenschaften anvertrauten Gelder ca. 43 Millionen. Der erzielte Gewinn betrug rund 1,2 Millionen Mark. Die Genossenschaften sind die berufenen Mittelstandsbanken, die sich des Vertrauens ihrer Geschäftskreise in weitgehendem Maße erfreuen. Wünschenswert wäre es, wenn der Mittelstand von diesen Einrichtungen noch größeren Gebrauch machen würde. Hierzu machte der Amalialidenschaft des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Herr Prof. Dr. Stein-Berlin, in einem Referate über die Entwicklung unserer Wirtschaft noch weitere interessante Ausführungen, welche sich auch eingehend mit der Entwicklung des Zentralkreditinstitutes, der Landesgenossenschaft für Süddeutschland, früher Badische Landesgenossenschaft, referierte Herr Direktor Hündel und gab ein anschauliches Bild über den Stand des Institutes. Als Tagungsort für den nächsten Verbandstag wurde Zell a. S. gewählt. Es wäre noch zu erwähnen, daß die Grüße der badischen Regierung, Herr Landrat Schindeler und Herr Amtsgerichtsrat Dr. Welsch überbrachten, und daß

gemacht, ist noch nicht sechzehn Jahre und will bereits heiraten, und zwar einen Eindreher, der schon zweimal im Zuchthaus gesessen und jetzt wieder sechs Monate bekommen hat. Holen Sie sie mit dem Stod nach Hause, wenn sie doch durchbrennen und auf den Tanzboden laufen will. Ich ermächtigte Sie dazu. Den Koffer mit Trimens Sachen, alles neu angeschafft aus meiner Tasche, obgleich ich auch nur ein armer Mann mit noch fünf Kindern bin — habe ich bereits vor zwei Tagen aufgegeben. Heute, am dreißigsten August, reist sie ab und ist dank pünktlich am ersten September bei Ihnen.

Bitte, schreiben Sie mir einmal nach einiger Zeit, wie sie sich führt, denn von Trinen selber will ich keinen Brief, sie hat mich zu sehr geärgert und empört. Achtungsvoll

Richard Selinke.\*

Nach dem Lesen dieser Zeilen schwand Anatols Mitleid mit der jungen Selbstmörderin.

Er dachte scharf über den Inhalt des Zettels und den Brief des Vaters nach, und sein fuger Kopf traf in allen Dingen das Richtige. Wenn er seinem Leben ein Ende machte, wo sich für ihn das Weiterexistieren geradezu verbot, das würde Gott verzeihen, wer aber noch da stand wie sie, eine Heimat besaß und die ehrliche Arbeit, die sich ihr bot, nur zu ergreifen brauchte, der wurde zum Verbrecher, wenn er sein Leben von sich warf.

der Vertreter der Stadt Kehl, Herr Bürgermeister Dr. Krauß, die Genossenschaften in dem am Abend des 9. Juni veranstalteten Bankett herzlich begrüßte. Die Tagung fand ihren Abschluß durch eine interessante Hafenrundfahrt im Kehler Hafen. Die badische Regierung beim Reichspräsidenten.

Berlin, 24. Juni. Heute mittag 1.30 Uhr fand beim Reichspräsidenten ein Essen zu Ehren der zur Zeit in Berlin weilenden badischen Staatsregierung statt.

**Verbindungslanderzüge der Reichsbahndirektion Karlsruhe.**

Karlsruhe, 24. Juni. Für das Sommerhalbjahr 1927 ist die Führung von folgenden Verbindungslanderzügen vorgesehen: Am 1. Juli zwei Züge von Mannheim bzw. Bruchsal nach München und zurück. Mannheim ab 21.35 Uhr, Bruchsal ab 22.03, Karlsruhe ab 20.54 München an 5.05 Uhr bzw. 4.50. Die Rückfahrt erfolgt am 4. oder 7. Juli. Der Fahrpreis beträgt Karlsruhe 15.80, ab Bruchsal 14.25, ab Pforzheim 13.80, ab Mannheim 16.60 bzw. 17.20. Hin- und Rückfahrt ist nur im Sonderzug gestattet. Der auf 8. Juli vorgesehene Sonderzug nach Wimpfen verkehrt ab Karlsruhe statt ab Mannheim. Zur Säugerröde in Nürnberg verkehrt ein Sonderzug von Karlsruhe am 2. Juli. Rückfahrt am 4. Juli über Rothenburg ob der Tauber zur Besichtigung der Stadt und von dort am 5. Juli nach Karlsruhe. Fahrpreis für die ganze Fahrt 12.40 Mark. Am 6. August gelangt ein Sonderzug zur Schloßbeleuchtung nach Meersburg zur Durchführung. Die Fahrpreisermäßigung beträgt 33 1/2 Prozent. Anmeldungen sind rechtzeitig an das Verkehrsbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe zu richten. Ferner sind folgende Züge vorgesehen: Am 4. September von Mannheim nach Koenigsdorf und Wimpfen und zurück. Am 11. September von Karlsruhe nach Bad Homburg und zurück. Fahrpreis 7.45 Mark. Am 23. September nach München zum Oktoberfest.

**Einige wichtige Positionen aus dem Nachtrag zum badischen Staatsvoranschlag**

Karlsruhe, 23. Juni. In dem gestern dem Landtag zugewandenen Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1926-27 erscheinen u. a. 500 000 Mark Staatszuschuß an die Kreisverbände, 2,9 Millionen für Erwerbslosenfürsorge, darunter befinden sich die 700 000 Mark einmalige Weihnachtshilfe für Erwerbslose, 200 000 Mark Sonderunterstützung im Tabakgewerbe und 400 000 Mark Zuschüsse für produktive Erwerbslosenfürsorge, 100 000 Mark zur Linderung der im Sommer 1926 entstandenen Unwetterschäden, 14 000 Mark zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsberatung und Einrichtung von Versuchsringen, 265 000 Mark Kosten der Färbereizziehung, 400 000 Mark (zweite Baurate) für Neubau der Kliniken an der Universität Freiburg, 394 500 Mark zum Ausgleich für Mehrbedarf der Hochschulklassen sowie der Wirtschaftsbetriebe der Universitätskliniken, 2 Millionen für Instandsetzung der Landstraßen mit Rücksicht auf die rasche Entwicklung des Kraftwagenverkehrs, ferner 2 822 500 Mark Besoldungsmehraufwand, darunter befinden sich die Aufwendungen für die einmalige Weihnachtshilfe der Beamten im Dezember 1926 mit 1,4 Millionen, für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der Beamten ab 1. April und 1. Oktober 1927 mit 3 Millionen Mark, weiter befindet sich darunter der Mehraufwand, hervorgerufen durch den neuen Tarifvertrag für badische Staatsarbeiter mit 95 000 Mark und ein vorläufiger Teilbetrag für die bevorstehende Aufbesserung der Beamtensätze mit 150 000 Mark.

In dem Nachtrag zum Voranschlag sind weiterhin eingestellt 50 000 Mark Ehrengabe an den Erzbischof in Freiburg anlässlich der Jahrhundertfeier der Erzbischofse Freiburger zur Veranlassung für wohltätige Zwecke. Es findet sich weiter darin ein Betrag von rund 3 Millionen Mark für verschiedene Zweige der Fürsorge. Die Bearbeitung der Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1925 macht eine Nachforderung von 107 800 Mark notwendig. Ferner sind in den Staatsvoranschlag eingestellt 57 000 Mark als Aufwendungen an die badischen Neuverweine aus dem Anteil Badens an dem Aufkommen an Totalfaktorsteuer (Nachforderungen).

Auch die Landwirtschaft ist in dem Nachtrag berücksichtigt. Außer dem oben schon genannten Betrag von 140 000 Mark zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsberatung finden sich in dem Nachtrag u. a. 30 000 Mark zur Anschaffung von Motorpflügen zum Zwecke der Schädlingsbekämpfung im Obstbau, 25 000 Mark zur Förderung des Gemüse- und Obstbaues und 88 700 Mark zur Errichtung einer Heberveredelungsanstalt in Freiburg. Zu dieser letzten Forderung hat der Landtag bereits seine Genehmigung schon gegeben.

**Die Entwicklung des badischen Straßenbauprogramms**

\*\* Karlsruhe, 24. Juni. Die 65 Seiten umfassende Denkschrift des Finanzministeriums über die Entwicklung des Straßenbauprogramms gibt in folgenden Zeitsägen:

1. Infolge der raschen Verkehrsentwicklung soll durch Beschaffung der Mittel im Anteilsweg die Bauzeit des jetzigen Instandsetzungsprogramms von zehn Jahre auf vier Jahre, d. h. bis Ende 1929 verringert werden.

2. Infolge der Zunahme des Kraftwagenverkehrs wird man in absehbarer Zeit weitere Landstraßentrecken mit Dauerdecken besetzen müssen. Dem ersten Instandsetzungsprogramm hat daher in Wäde ein weiteres zu folgen.

3. Notwendig ist auch eine Steigerung der regelmäßigen Maßnahmen zur Unterhaltung der Landstraßen sowie eine wesentliche Erhöhung der bisher zur Verfügung gestellten Mittel.

4. Durch Ausschleudern minderwertiger Landstraßentrecken sowie durch Aufnahme wichtiger Kreisstraßen für den durchgehenden Verkehr ist das Landstraßennetz den veränderten Verkehrsverhältnissen anzupassen.

5. Die Erbauung von Autostraßen ist grundsätzlich zu fördern.

6. Der Beitragssatz der Gemeinden für Neubau und Unterhaltung der Landstraßen wird grundsätzlich beibehalten, dagegen für die Umlegung der Beiträge ein neuer Verteilungsmassstab vorgeschlagen, der neben der Länge der Landstraßentrecke auch die Einwohnerzahl berücksichtigt.

7. Die durch das außerordentliche Instandsetzungsprogramm verursachten Beitragsleistungen der Gemeinden werden auf 20 Jahre fortlaufend und gleichmäßig verteilt.

8. Für die nach § 17 des Straßengesetzes zu leistenden Beiträge kann die Regierung in besonderen Fällen den Beitrag gleichmäßig auf eine längere Reihe von Jahren verteilen.

9. Das Verfahren zur Einziehung der Beiträge für die Landstraßenunterhaltung wird durch entsprechende Aenderung der Vollzugsverordnung vereinfacht. In Verbindung mit einer Aenderung des § 18 des Straßengesetzes wird auch eine Aenderung des Pfastergeldsatzes ins Auge zu fassen sein.

**Lokomotiv-Aufträge der Reichsbahn für die süddeutsche Industrie**

Von den nunmehr in Auftrag gegebenen 88 elektrischen Lokomotiven und 15 Triebwagen wurden 23 leichtere Güterzuglokomotiven zum Teil der Lokomotivfabrik J. A. Maffei, München, zur Ausführung übertragen. Auch bei der Lieferung von acht Rangierlokomotiven ist die Firma Maffei beteiligt. Die Trieb- und 15 Steuerwagen, die für den Betrieb auf bayerischen Maßstrecken bestimmt sind, werden im elektrischen Teil von Brown Boverie & Co., Mannheim, und im Wagenteil von der Waggonfabrik G. Fuchs, Heidelberg, sowie der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg gebaut. Bei der Bestellung von sieben Schnellzuglokomotiven erhielt die Firma Brown Boverie & Co. die Lieferung des elektrischen Teiles und die Lokomotivfabrik Krauß, München, die des Wagenteils übertragen. Die Leistung dieser Maschinen beträgt im Durchschnitt 2200 PS.

**Legte Telegramme in Kürze.**

**Das neue rumänische Kabinett.**

Berlin, 24. Juni. Wie die Morgenblätter aus Bukarest melden, setzt sich das Kabinett Bratianu folgendermaßen zusammen: Jean Bratianu, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen; Duca, Minister des Innern; Vintila Bratianu, Finanzminister; Argetorionu, Minister für Ackerbau und Domänen; Angelesco, Minister für Unterricht; Lapedatu, Minister für Kultus und Kunst; Stelian Popesco, Justizminister; Julek, Minister für Gesundheit und soziale Fürsorge; Lupu, Minister für Arbeit; Dimitriu, Verkehrsminister; Nistor, Minister für öffentliche Arbeiten; General Angelesco, Kriegsminister; Virazel, Minister für Industrie und Handel.

**Die Ueberquerung des Ozeans**

**Probeflüge eines Ozeanfliegers über dem Bodensee.**

Freidrichshafen, 24. Juni. Dieser Tage unternahm Hauptmann Courtney, der von London nach Newyork und zurück nach London zu fliegen versuchen wird, die ersten Versuchsflüge über dem Bodensee mit dem für den Flug in Aussicht genommenen Dornier-Wal-Flugzeug.

**Vorläufig kein Abflug Byrds.**

Paris, 24. Juni. Das meteorologische Institut in Newyork hat Byrd den Rat erteilt, seinen Europaflug überhaupt aufzugeben, wenn sich die Wetterverhältnisse nicht innerhalb 24 Stunden bessern sollten.

**Aus Nah und Fern.**

Sinsheim, 20. Juni. (Schulynode.) Heute Mittag halb 2 Uhr fand unter Leitung und Vorsitz von Dekan Eifen die Ev. Schulynode des Kirchbezirks Sinsheim in hiesiger Stadtkirche statt, zu der sich 15 Geistliche und 48 Religionslehrer bezw. Religionslehrerinnen eingefunden hatten, ein schöner Beweis für die einträchtige Zusammenarbeit zwischen Kirche und Schule. Mit Orgelbegleitung wurden zur Eröffnung von dem Lied Nr. 188 der 1. und 5. Vers gesungen und nach Gebet hielt der Dekan eine Ansprache über das Wort Evang. Joh. 17,17, wobei er betonte, daß alle, die von der Wahrheit des göttlichen Wortes eine lebendige Ueberzeugung hätten und durch dasselbe eine frohmachende Lebenskraft empfingen, im Religionsunterricht darauf bedacht sein müßten, den Kindern durch lebendige Anschaulichkeit das Gotteswort lieb, teuer, wert und heilig zu machen und sie so von der Wahrheit desselben zu überzeugen. Er wies dann auf die beiden Männer hin, an deren Gräbern in diesem Jahr das ewig. Deutschland vor allem dankend gestanden, auf Hermann August Franke († 1727) und Pestalozzi († 1827), deren Lebenswerk die Jugendfürsorge und Jugendberziehung gewesen sei. Zu Schriftführern wurde Pfarrer Nerbel-Rohrbach und Hauptlehrer Berg-Sinsheim berufen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die beiden Vorträge: „Wie wird Anschaulichkeit in der biblischen Geschichte erreicht?“ (Hauptlehrerin Weiser-Sinsheim) und „Wie wird Anschaulichkeit im Lied und Katechismus erreicht?“ (Pfarrer Beck-Eschelbronn). Beide Vorträge zeigten von wirklichem Fleiß, gingen aus von der Voraussetzung, daß die Unterrichtsgegenstände sich einzustellen hätten auf die Auffassungs- und Fassungsvermögen des Kindes. Große religiöse Werte und erstes sittliches Wollen, zeichneten die Vorträge aus. Hauptl. Weiser gab dann noch mit ihren Schülern eine sehr anschauliche Lehrprobe aus der biblischen Geschichte „Jesus und Zachäus“. Nachdem der Dekan beiden Vortragenden herzlich gedankt hatte, schloß sich an die Ausführungen eine rege Aussprache. Auch andere den gemeinsamen Religionsunterricht betreffende Fragen wurden behandelt. Herr Graf sprach schließlich noch kurz im Auftrag des Landesvereins für innere Mission über die evang. Sterbefürsorge und bat Pfarrer und Lehrer um Mithilfe bei derselben. Um 6 Uhr konnte Dekan Eifen die sehr anregende, harmonisch verlaufene Synode mit Worten des Dankes, des Wunsches, daß sie für unsere Gemeinden und unsere Jugend von Segen sein möchte und mit Gebet schließen.

Sinsheim, 24. Juni. (Erholungsheim.) Die Mitglieder des Ortsausschusses Heidelberg für die Angestelltenversicherung, bestehend aus den Wahlbezirken Eberbach, Heidelberg, Mosbach, Sinsheim und Wiesloch besichtigten am 21. v. Mts. das Sanatorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Stammberg bei Schriesheim a. d. B. Reizend, in geschützter Lage gelegen, enthält das Anwesen 3 Gebäude mit insgesamt 19 Betten für die Patienten, eine geräumige Liegehalle, eigene Trinkwasserquelle und Lichtversorgung. Die Teilnehmer der Besichtigung waren von dem Gesehenen sehr befriedigt.

Sinsheim, 24. Juni. (Angestelltenversicherung.) Das Jahr 1926 zeigte bei den Anträgen auf Ruhegeld, Hinterbliebenenrente und sonstige gesetzliche Leistungen wiederum eine erhebliche Steigerung. Es waren 59 283 (45 174) Leistungsanträge zu bearbeiten. Die Zunahme gegenüber 1925 betrug 31,2 vom Hundert. Die Zahl der bewilligten Ruhegelder wegen Berufsunfähigkeit stieg um 35,8 vom Hundert, während die Zunahme im Jahre 1925 gegenüber 1924 nur 23,8 vom Hundert betragen hat. Am 31. Dezember 1926 liefen 50 382 (36 019) Ruhegelder, 33 479 (26 025) Witwen- und Waisenrenten, 24 073 (21 229) Waisenrenten. Die Anträge auf Durchführung eines Heilverfahrens wurden auf 83 145 (69 756), wovon 61,8 vom Hundert bewilligt und in 7 eigenen, mehr als 100 sonstigen Heilanstalten sowie Bädern durchgeführt wurden. Die Gesamtzahl der Anträge auf nichtständige Heilverfahren (Zahnerfah usw.) belief sich auf 31 784, von denen 29 635 bewilligt wurden. Anträge auf Kinderfürsorge durch Gewährung von Zuschüssen zu Heilverfahren für tuberkulose, tuberkulosegefährdete oder rachitische Kinder von Versicherten und für Waisenrentner wurden von 3612 eingegangenen 3382 bewilligt. Die Gesamtbeitragsentnahme betrug 245 Millionen RM. Die Beiträge betragen etwa 5 vom Hundert des durchschnittlichen Monatsverdienstes gegen 7 vom Hundert in der Vorkriegszeit. Die Zahl der Versicherten wird auf 2,8 Millionen geschätzt. Bei der Vermögensverwaltung wurde auf einwandfreie Sicherheit der Anlagen und auf die Verwendung der Mittel zu volkswirtschaftlich und sozial nützlichen Zwecken geachtet. Der Verwaltungskostenaufwand belief sich auf 8,4 (7,9)

Millionen RM., das sind 3,4 vom Hundert der Beitragseinnahme. (Eingeklammert sind die Zahlen des Jahres 1925 angegeben.)

\* Sinsheim, 24. Juni. (Die Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge tritt am 27. ds. Mts. in Kraft. Auf die hierzu im Infortenteil gemachten Ausführungen, die sowohl für Arbeitgeber als auch Versicherten von Wichtigkeit sind, sei auch an dieser Stelle hingewiesen.)

Schadenfeuer in Eppingen.

Eppingen, 23. Juni. Heute früh 2 Uhr wurde die hiesige Einwohnerschaft durch das Erlösen der Feuerglocke aus dem Schlafe gerissen. Die den Herren Moritz Hochherr und Gustav Hochherr gehörige Doppelhalle — unterhalb des Getreidelagerhauses gelegen — stand in hellen Flammen. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle. Das Feuer, das in dem östlichen Teil der Doppelhalle, dem Herrn Moritz Hochherr gehörig, auf noch unaufgeklärte Weise entstanden ist, hatte bei Eintreffen der Feuerwehr nicht nur diesen Teil halb in Schutt gelegt, sondern hatte auch schon auf den andern Teil der Halle stark übergriffen. Der Brand nahm in ganz kurzem Zeitraum einen solchen Umfang an, daß menschliche Hilfe hier vergebens war, da das wütende Element in den großen Tabakvorräten reiche Nahrung fand. Die Feuerwehr mußte sich deshalb darauf beschränken, die in unmittelbarer Nähe stehende Halle des Herrn Julius Frank, die durch die große Hitze und Funkenregen stark gefährdet war, zu schützen, was ihr auch vollauf gelungen ist. Die Doppelhalle der Herren Hochherr wurde in dem kurzen Zeitraum von knapp einer Stunde in Schutt und Asche gelegt. Der entstandene Schaden ist sehr bedeutend, da eine große Menge, zum Teil erst gestern eingetroffener Tabak, sowie zahlreiche wertvolle alte und neue Maschinen dem Feuer zum Opfer fielen. Die Brandgeschädigten sind wohl versichert, jedoch dürfte der entstandene Schaden weit über die Versicherungssumme hinausgehen. Die Halle des Herrn Julius Frank erlitt nur durch die zum Schutze der Halle entgegengedehnte Wassermenge Schaden, wodurch einige Säcke Mehl vernichtet wurden. Gegen 4 Uhr morgens konnte die Feuerwehr unter Zurücklassung einer Feuerwache wieder abziehen. Um 4 Uhr traf auch der Vertreter des Bezirksamts, Herr Regierungsrat Goll, auf dem Brandplatz ein. Auch die hiesigen Behörden waren frühzeitig am Platze.

\* Stillingen, 24. Juni. (Das diesjährige Gauschießen des Elsenzgaues) findet am kommenden Sonntag auf dem in nächster Nähe des Dorfes, an der Straße Stillingen-Kirchardt gelegenen Schießstande des hiesigen Kleinkaliber-Schießvereins statt. Zahlreiche Gauvereine haben ihre Mitwirkung zugesagt, ebenso einige Vereine außer Gau.

\* Eichersheim, 24. Juni. (25 jähriges Pfarrjubiläum.) Am 25. Juni sind 25 Jahre verflossen, seit unser Herr Pfarrer Julius Hartmann hier die Seelsorge übernommen hat. In seinen ersten Priesterjahren war er Kaplan von Spechbach, Dieheim, Sinsheim und Stettfeld, kurze Zeit als Pfarrverweser in Speffart bei Ettlingen. Seit 25. Juni 1902 Pfarrer in Eichersheim. Auf Wunsch des Jubilars wurde von einer weltlichen Feier abgesehen. Die katholische Gemeinde wird alles aufbieten, dem Jubilar eine würdige kirchliche Feier zu veranstalten, um dem Jubililar wenigstens so seine Dankbarkeit zu beweisen. Der Dankgottesdienst wird nächsten Sonntag, den 26. veranstaltet, wobei die beiden von hier stammenden Priester und frühere Schüler des Jubilars Herr Pfarrkurat Josef Baumeister von Freiburg und Herr Rektor Josef Wündel, Sasbach, Leudersche Lehranstalt mit dem Jubililar ein Leuitenamnt zelebrieren werden und ersterer die Festpredigt halten wird.

\* Eppelbach, 23. Juni. (Die Johannisfeier.) Die hiesige katholische Gemeinde führt Johannes den Täufer als Orispatron. Auch in diesem Jahre wird das Patrozinium feierlich begangen und zwar am kommenden Sonntag. Die Festpredigt wird ein als Prediger bekannter Ordensgeistlicher halten. Am Nachmittag ist eine Festversammlung geplant.

\* Obergimpfen, 23. Juni. (Neue Glocken.) Am letzten Sonntag hielt die evangelische Pfarrgemeinde auf dem hiesigen Schloßhof eine kurze, eindrucksvolle Begrüßungsfeier zur Ankunft ihrer drei neuen Bronzeglocken, die von der Firma Bachert, Karlsruhe, geliefert wurden. Mit der schönen Form harmonisiert der edle Ton des neuen Geläutes. Möge ihm eine lange Lebensdauer beschieden sein.

\* Mannheim, 24. Juni. (Zu dem Familiendrama.) Der Bruder, des bei dem Familiendrama in Nedarau ums Leben gekommenen Malermeisters Adam Keißler stellt die Vorgänge in anderer Form dar, als der Polizeibericht. Nach seiner Darstellung habe sich sein Bruder zum Fenster hinausstürzen wollen, die Frau habe dies gemerkt und sei ihm nachgegangen, um ihn zurückzuhalten, wobei jedoch beide zum Fenster hinausstürzten. Da im Befinden von Frau Keißler noch keine Besserung eingetreten, sie vielmehr noch immer bewusstlos ist, wird es wohl vorläufig kaum möglich sein, Licht in die Geschehnisse zu bringen. Zur Vorgeschichte der Tat wird noch bekannt, daß der Ehemann von Frau Keißler infolge Rückgang seines Geschäftes sich dem Trunk ergeben habe, so daß die wirtschaftliche Lage der Familie

immer schlechter wurde, bis ihr auch noch die Wohnung gefährdet wurde. Der im gleichen Hause wohnende Lehrer Morstadt nahm sich der unglücklichen Familie in hochherziger Weise an, stellte ihr ein Zimmer zur Verfügung, bis sie eine neue Wohnung gefunden habe und ließ sie am Tische mitessen.

\* Hirschhorn a. N., 24. Juni. (Fabrikbrand.) In dem Dorfe Langenthal bei Hirschhorn brach am Dienstagmorgen in der dortigen Papierfabrik ein großer Brand aus. Das ganze Fabrikgebäude stand in kurzer Zeit in Flammen. Außer den Feuerwehren von Hirschhorn und der Umgebung langte auch die Heidelberger Motorpörmie am Brandort an. Das Feuer wütete die ganze Nacht und erst am frühen Morgen konnte es soweit eingedämmt werden, daß die Feuerwehren der Umgebung abziehen konnten. Der Sachschaden soll bedeutend sein. Geschäftsbücher und Maschinen sind gerettet. Ein Feuerwehrmann aus Hirschhorn wurde durch eine einstürzende Mauer verletzt.

\* Weinheim, 24. Juni. (Der Rache von Weinheim.) Wir berichteten kürzlich, daß sich ein Mann splitternaht zum Gaudium der Jugend hier herumtrieb. Die Polizei brachte den nicht ganz normalen Menschen ins Weinheimer Krankenhaus, wo er inzwischen entlassen wurde. Nun hat man dieser Tage die Kleider des Mannes gefunden und zwar im Kastanienwäldchen; dabei lagen noch eine Rechnung, ein Meißel und Farbensäfte. Der Mann hat sich also wahrscheinlich selbst entkleidet und sich dann verschiedenartig angezogen.

\* Karlsruhe, 24. Juni. (Unfall mit Todesfolge.) Mittwochmorgen wollte der 47 Jahre alte Schlosser Henneke mit einem mit Kohlen beladenen, vierrädrigen Handwagen vor einem Hause von der Fabrikbahn auf den Gehweg fahren. Hierbei glitt ihm die Deichsel aus der Hand und stieß ihm auf den Unterleib, wobei er so schwere innere Verletzungen erlitt, daß der Tod sofort eintrat.

\* Freiburg (Am Mühlheim), 24. Juni. (Unfall beim Kirchschießen.) Beim Kirchschießen ist hier ein älterer lediger Mann verunglückt. Der Alt, auf dem er stand, brach durch und der Unglückliche stürzte ab. Mit schwerer Verletzung wurde er in die Freiburger Klinik gebracht.

\* Zell i. B., 24. Juni. (Vermißt.) Die 21jährige Tochter der Witwe Meyer in Niechen, die bereits längere Zeit in Basel in Stellung war, wird seit Ende Mai vermißt. Am 30. Mai verließ sie ihre Dienstverrichtung in der Absicht, nach ein bis zwei Tagen wieder zurückzukehren. Seitdem ist sie verschwunden. Alle Nachforschungen waren bisher ergebnislos. Die nähere Untersuchung ist eingeleitet.

\* Freiburg, 24. Juni. (43 Jahre Münsterfahrlast.) In diesem Jahre kann der Oberfahrlast Klotz auf eine 43jährige Tätigkeit als Fahrlast des Freiburger Münsterers zurückblicken. Er trat am Dreißigsten des Jahres 1884 in seinen Dienst im Freiburger Münster an, den er stets mit unermüdlichem Eifer versah.

Ein Auto mit 50 Kindern verunglückt.

Leipzig, 24. Juni. Zwischen Schwanewitz und Buchta verunglückte ein mit etwa 50 Kindern eines Leipziger Krüppelheims besetztes großes Personenauto. Infolge des schlechten Weges rutschte der Wagen in den Straßengraben und legte sich auf die Seite. Nur zwei Kleineren verletzten das völlige Umkippen des Wagens. Die rechte Seite des Autos wurde völlig eingedrückt. Glücklicherweise erlitten nur einige Kinder leichte Verletzungen.

Schweres Betriebsunfall.

Merxburg, 24. Juni. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Sonntag auf der Grube Tannenberg bei Körbinheim ein schweres Betriebsunfall. Beim Transport einer Lokomotive berührte der Schornstein die elektrische Fahrleitung. Dabei wurden zwei auf der Maschine befindliche Arbeiter auf der Stelle getötet und mehrere andere teils schwer, teils leichter verletzt.

Radio-Programm für Samstag, den 25. Juni 1927.

- Berlin (483), Königswusterhausen (1250), 11.00 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 17.00 Uhr: Kapelle Gebr. Steiner. 20.00 Uhr: „Die versunkene Glocke“. Ein deutsches Märchendrama v. G. Hauptmann. 22.30 Uhr: Tanzmusik.
Breslau (315), 20.15 Uhr: Lommel-Abend. 22.15 Uhr: Mit dem Mikro durch Breslau.
Frankfurt (428), 15.30 Uhr: Jugendstunde. 16.30 Uhr: Konzert des Hausorchesters: „Russische Musik“. 17.45 Uhr: Die Feststunde. 19.30 Uhr: Konzert des Wiener Philharmonischen Orchesters. Anst. Runkfunk-Tanzband.
Hannover, (394), 19.25 Uhr: „Rigoletto“. Oper, v. Verdi. Anschließend Konzertübertragung a. d. Cafe Continental in Hannover.

- Königsberg (329), 20.15 Uhr: Lustiges Wochenende bei Engelbert Wilde. 21.30 Uhr: Violin-Vorträge. 22.10 Uhr: Fiolte Tanzweisen.
Langenberg (468), 20.00 Uhr: Köln: Kammermusik, Beethoven. Anst. Tanzmusik.
Leipzig (365), 20.15 Uhr: Zwei Einakter: 1. „Ninon von Lençois“. Drama v. Ernst Hardt. 2. „Die Kleinfüßlerin“. Komödie von Ivan Turgenjew. 22.15 Uhr: Tanzmusik.
München (535), 20.15 Uhr: Unterhaltungskonzert des Rundfunkorchesters. 22.45 Uhr: Tanzmusik.
Stuttgart (379), 13.10 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.00 Uhr: Kinderstunde. 16.00 Uhr: Unterhaltungskonzert. 19.00 Uhr: „Messias“ v. G. Fr. Händel. 21.30 Uhr: Nord. Abend.
Dresden (1600), London (361), 17.15 Uhr: Kinderstunde. 19.45 Uhr: Bunte Stunde. 21.30 Uhr: Klavierfests. 22.30 Uhr: Tanzmusik.
Paris (1750), 12.30 Uhr: Radio-Orchesterkonzert. 16.45 Uhr: Vortrag: „Die Basse Picardie“. 22.30 Uhr: Radio-Gala-Konzert.
Wien (517), 20.05 Uhr: Konzert des Symphonieorchesters. Anschließend Tanzmusik.
Zürich (484), 20.00 Uhr: Hörspiel-Abend. 20.45 Uhr: Wundkonzert. 21.20 Uhr: Wundkonzert.
Prag (348), 21.00 Uhr: Pergolese: „Die Magd als Herrin“. Oper.

Radio-Vertrieb E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. E.

Dr. Selbst-Vertrieb - Lager in Telefonkabinen, Räumen, Batterien - sämtlichen Ersatzteilen, Radio-Akkumulatoren-Befestigung. - Telefon 19.

Marktberichte.

Mannheimer Lebensmittelmarkt.

Der gestrige Wochenmarkt war mit Obst und Gemüse wieder reichlich besetzt. In Obst gab es diesmal außer Äpfeln und Erdbeeren auch Heidelbeeren, Johannisbeeren und Stachelbeeren. Weichseläpfel wurden zu 50-65 Pfennig verkauft, die übrigen Äpfelarten zu 40-60. Erdbeeren kosteten 50-75 und Heidelbeeren 60 Pfg., Stachelbeeren und Johannisbeeren 35-40 Pfg. Gemüsepfeffer Spargel 60-75 Pfg., Erbsen 20 Pfg., Tomaten 65-80 Pfg., Wirsing 15-20 Pfg., pro Pfund. Alle Kartoffeln stiegen auf 11 Pfg., während neue 16-20 Pfg., kosten. Die Preise für Eier und Butter waren unverändert.

Mannheimer Kleinviehmarkt.

Dem Kleinviehmarkt am Donnerstag waren angetrieben: 34 Kälber, 5 Schafe, 199 Schweine, 687 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Kälber 70-75 64-70 60-64; Schafe —; Schweine 58-59, 60-61, 62-63, 61-62, 59-60; Ferkel und Läufer 8-25. Reichsmark pro Stück. Marktverlauf: mit Kälbern ruhig, langsam geräumt; mit Schweinen ruhig, Ueberflut; mit Ferkeln und Läufern ruhig.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes entries like Weizen, inländischer (19,50), Roggen, inländischer (28,00-28,25), Hafer, inländischer (24,00-25,00), etc.

Neueste amtliche Kurse.

Table with multiple columns showing exchange rates and prices for various goods like cement, oil, and flour. Includes sub-sections for 'Anteiligen' and 'Bausparkasse'.

Invalidenversicherung. Die bisherigen Bestimmungen über die Beiträge in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung haben infolge Erhöhung der Renten und Erweiterung der Leistungen durch das Reichsgesetz vom 8. 4. 1927 eine wesentliche Aenderung erfahren. Mit Wirkung vom 27. 6. 1927 treten folgende Lohnklassen und Wochenbeiträge in Kraft:

Table showing weekly earnings (Wochenverdienst) and corresponding weekly contributions (Wochenbeitrag) for different classes of insured persons.

Die neue Lohnklasse VII (Wochenverdienst von über 36 RM.) mit einem Wochenbeitrag von 2 RM. gilt erst vom 2. Januar 1928 an; bis dahin sind für die Versicherten mit einem Wochenverdienst von über 36 RM. Beiträge der Lohnklasse VI zu entrichten.

Danksagung. Für die vielen Beweise inniger Anteilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders und Onkels Heinrich Gilbert I Schriedemeister sagen herzlichen Dank die trauernden Hinterbliebenen. Stainsfurt, Mannheim, 24. Juni 1927.

Bekanntmachung. Gegenstand: Der Anbau von Tabak im Erntejahr 1927. Nach § 21 des Tabaksteuergesetzes haben die Tabakpflanzer, welche Tabak für eigene Rechnung pflanzen oder pflanzen lassen, dem Bürgermeisterrat des Orts, zu dem das angepflanzte Grundstück gehört, bis zum Ablauf des 15. Juli die mit Tabak bepflanzt Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe schriftlich anzumelden.

Prima: Himbeer-Orangen-Citronen-Saft mit Zucker gesüßt empfiehlt Richard Wagner-Drogerie.

Sehr billige Betten. Schönes rot. Deckbett 1 1/2-schläftig gut gefüllt 30 Mk. Kopfkissen dazu 1 Stück 10 Mk. Bettfedern das Pfd. 3.- und 4.50 Metallbettstelle für Erwachsene mit Patentrost 90 breit, 190 lang 22 Mk., Kinderbettstelle 18 Mk. große Seegrasmattlage 3 teilig mit Keil 25.- Frachtfreier Versand. Albert Sommer Betten-Spezialgeschäft Heidelberg, Hauptstr. 80 u. 92

Für den Wiederaufbau des Fabrikgebäudes der Firma Reinhold Stitz u. Co. in Sinsheim werden einige tüchtige Maurer gesucht. Bewerber wollen sich ab Montag, den 27. Juni 8 Uhr vormittags an der Baustelle melden.

Damen-Wäsche. Taghemd Trägerform mit Feston, guter Stoff 95.- mit hübscher Stickereivolant 95.- Hemdhose la. Ware, mit Klappe oder Windelform 2.45 Nachthemd mit Hohlbaum oder Stickerei 2.25 Unterkleid Trägerform mit Stickereibesatz 2.25 Büstenhalter aus Trikot oder Wäschestoff 45.- Strumpfhaltergürtel gut Dreil., auswechslb. Halt. 85.- Hüftalter mit 4 Strumpfhaltern 1.75 E. Speiser, Sinsheim.